

## Willkommenskultur?

Wer die Situation der Zugewanderten verbessern will, muss auch gegen Vorurteile und Diskriminierung vorgehen.

### Info

#### Der Verein

ARIC-NRW e.V. wurde 1994 gegründet und ist Mitglied im Paritätischen. Der Verein widmet sich der Antidiskriminierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen. Zum Aufgabenspektrum gehören neben der Beratung von Diskriminierung Betroffener die Vernetzung von Organisationen und Initiativen, der fachliche Austausch und die politische Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung. Außerdem werden Fachkräftefortbildungen und Workshops für Jugendliche angeboten. ARIC-NRW e.V. ist Träger einer Integrationsagentur, Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit und einer Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer. Der Verein feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum.

[www.aric-nrw.de](http://www.aric-nrw.de)

**Die öffentliche Debatte um eine Armutszuwanderung hat rassistische Ressentiments zutage gefördert und befeuert. Für die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Süd-Ost-Europa hat das schlimme Folgen. Zivilgesellschaft, aber auch die Politik sind gefordert, ein Zeichen zu setzen. FORUM sprach mit Hartmut Reiners, Geschäftsführer vom Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC-NRW e. V.) mit Sitz in Duisburg.**

■ **FORUM:** Wie ist die Lage der Zugewanderten und Zuwanderer in Duisburg?

► **Hartmut Reiners:** Die Lage ist schwierig. Die Menschen kommen hierher, weil sie sich ein besseres Leben erhoffen, sie erwarten Chancen und Unterstützung. Leider steht es um die vielbeschworene Willkommenskultur nicht besonders gut. Denn obwohl Duisburg seit mehr als 150 Jahren stark von Zuwanderung geprägt ist, wollen viele in der Stadt die aktuelle Zuwanderung gar nicht. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien werden undifferenziert mit dem Etikett Roma versehen – und sind schutzlos Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt. Die Stadt redet von Willkommenskultur, aber die Behörden verhalten sich nicht danach.

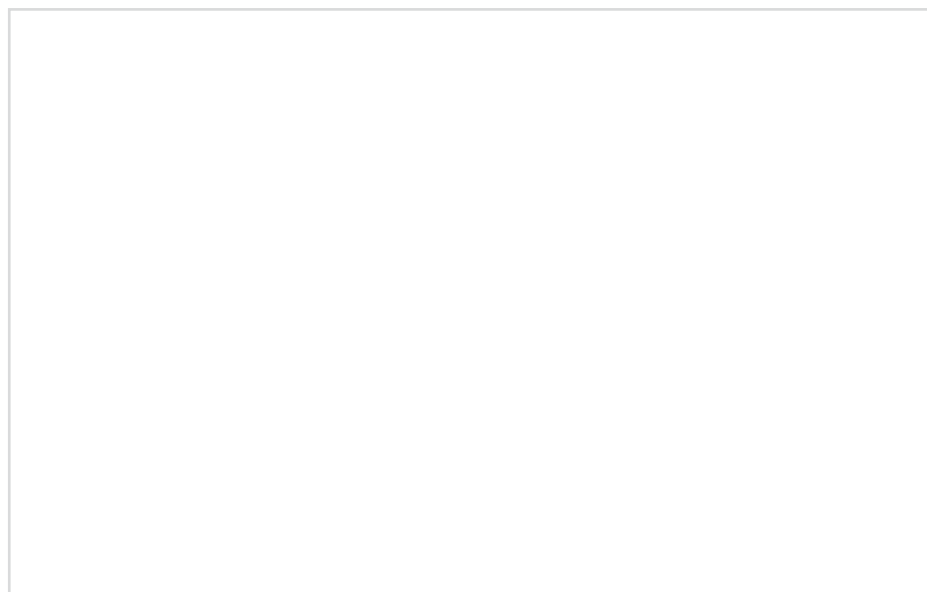
■ **FORUM:** Wie äußert sich das konkret?

► **Hartmut Reiners:** Die Politik der Behörden scheint zu sein, den Aufenthalt möglichst vieler Menschen zu beenden und den Bezug von Leistungen möglichst gering zu halten. Da wird der Antrag auf Elterngeld beim Jugendamt auch schon mal mit einem Schreiben der Ausländerbehörde beantwortet, das von der Ausreisepflicht des Babys spricht. Da berichten uns Klienten, dass sie im Jobcenter nur aufgrund ihres Aussehens weggeschickt werden. Da fordert die Familienkasse eine Freizügigkeitsbescheinigung, die gar nicht erforderlich ist. Da sind Wahlunterlagen plötzlich nicht mehr auffindbar.

**„Die Stadt redet von Willkommenskultur, aber die Behörden verhalten sich nicht danach.“**

■ **FORUM:** Können das keine unglücklichen Einzelfälle sein?

► **Hartmut Reiners:** Solche Fälle begegnen ja nicht nur unserer Mitarbeiterin in der Migrationsberatung, sondern auch Mitarbeitenden in den Anlaufstellen anderer Träger. Sie sind Anzeichen für strukturelle Diskriminierung und sie haben eine verheerende Wirkung auf die Betroffenen: Sie



Hartmut Reiners sieht die Kommunen in der Pflicht, sich stärker einzubringen.

sind verängstigt, fühlen sich allein gelassen und unerwünscht. Bei Bürgerversammlungen erleben wir regelmäßig rassistische Ausfälle, die lokalen Medien schüren den Hass und die Stadt wäscht ihre Hände in Unschuld. Hier versagt die Politik und konterkariert dadurch gelungene Bemühungen beispielsweise bei der Beschulung von Kindern oder zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Theaterworkshops für Kinder aus den Zuwandererfamilien.

### „Die Politik muss den Blickwinkel ändern.“

■ **FORUM:** Wo liegen Ihrer Meinung nach die Versäumnisse der Kommunalpolitik?

► **Hartmut Reiners:** Sie müsste den Blickwinkel ändern. Wenn Dutzende Menschen aus prekären Wohnsituationen und Häusern einschlägig bekannter Vermieter bedroht und vertrieben werden, dann muss sich die Stadt einmischen und eine aktive Wohnungspolitik betreiben. Wenn Menschen bei ihrer Arbeit im Baugewerbe und in Schlachthöfen ausgebeutet und betrogen werden, dann müssen die zuständigen Behörden auch die Arbeitgeber in den Blick nehmen anstatt ausschließlich Arbeitnehmer zu kontrollieren. Und wenn

immer wieder Krankenkassenkarten von Zugewanderten nicht anerkannt werden und die medizinische Notfallversorgung einfach nicht ausreicht, warum wird dann kein Runder Tisch einberufen?

### „In der Zuwanderung liegt eine stadtplanerische Chance, die bislang nicht genutzt wird.“

■ **FORUM:** Welchen Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik sehen Sie?

► **Hartmut Reiners:** Die Stadtbevölkerung schrumpft, es gibt einen strukturellen Wohnungsleerstand in Duisburg. In der Zuwanderung liegt also auch eine stadtplanerische Chance, die bislang nicht genutzt wird. Hier gilt es vor Ort Entscheidungen zu treffen und nicht ständig auf die Landes- oder Bundespolitik zu warten. Bei Leistungsregelungen haben die Kommunen zwar keine Entscheidungsmacht, aber sie haben zumindest Spielräume: Zwar gibt es keinen Regelanspruch auf Integrationskurse für EU-Bürgerinnen und -Bürger, aber es sollte auch kommunale Bemühungen geben, niedrigschwellige Angebote für Deutschkurse zu schaffen. Ähnliches gilt für das Nothilfesystem,

für Kleiderkammern, Schulmaterialkammern und Tafeln: Dass deren Nutzung in der Regel vom Leistungsbezug abhängt, geht an der Lebenswirklichkeit der meisten Zugewanderinnen und Zuwanderer vorbei, die diese Unterstützung aber dringend bräuchten. Die Städte müssen sich endlich entscheiden und das Integrationsmanagement nicht durch behördliches Handeln ad absurdum führen.

### „Wir brauchen politische Entscheidungen und keine schicken Projekte!“

■ **FORUM:** Was kann Ihr Verein, was können neue Projekte ausrichten?

► **Hartmut Reiners:** Wir, wie viele andere Vereine und Beratungsstellen auch, kümmern uns um die existenziellen Nöte der Menschen, die zu uns kommen. Darüber hinaus ist es unsere Kernaufgabe, die Antirassismus-Arbeit in NRW zu vernetzen, Missstände aufzuzeigen, aufzuklären und unsere Beobachtungen auf die politische Ebene zu tragen. Allerdings können wir selbst viel zu wenig tun. Wir kämpfen mit einem Ventilator gegen einen Orkan. Was wir wirklich brauchen, sind politische Entscheidungen und keine schicken Projekte!